kann unter diesen Umständen nicht das Recht zugestanden oder eine Verpflichtung auferlegt werden, Fehler der nicht mehr anfechtbaren gerichtlichen Entscheidung eigenständig zu überprüfen. Anderenfalls würde die gerichtliche Entscheidung jede Bindungswirkung verlieren.

[14] Indes kommt es für die Entscheidung im angestrebten Revisionsverfahren auf die Frage der Bindungswirkung der im Wege der einstweiligen Verfügung ergangenen Verpflichtung zur Abgabe einer Willenserklärung nicht mehr an, nachdem auch ein Schiedsgericht den Kl. verurteilt hat, die Ausschreibung und Nachbesetzung des Vertragsarztsitzes zu beantragen und auf seine Zulassung zu verzichten und nachdem das OLG Rostock den Schiedsspruch durch Beschl. v. 3. 5. 2013 (– 1 Sch 2/13 –) für vollstreckbar erklärt hat. Dass bei einem Schiedsspruch i. S. d. § 1054 ZPO die Wirkung des § 894 ZPO eintritt, nachdem er gemäß § 1060 Abs. 1 ZPO rechtskräftig für vollstreckbar erklärt worden ist, unterliegt keinem Zweifel (vgl. z. B. Hartmann, in: Baumbach/Lauterbach/Albers/Hartmann, ZPO, 74. Aufl. 2016, § 894, Rdnr. 1; Gruber, in: MüKo/ZPO, 4. Aufl. 2012, § 894, Rdnr. 7 m. w. N.; Seiler, in: Thomas/Putzo, ZPO, 37. Aufl. 2016, § 894, Rdnr. 4; Stöber, in: Zöller, ZPO, 30. Aufl. 2014, § 894, Rdnr. 3), sodass insoweit eine Klärungsbedürftigkeit nicht besteht. [...]

DOI: 10.1007/s00350-017-4692-z

Anmerkung zu BSG, Beschl. v. 3. 8. 2016 – B 6 KA 9/16 B (LSG Mecklenburg-Vorpommern)

Ralf Kremer

In Berufsausübungsgemeinschaftsverträgen ist oftmals die Verpflichtung des ausscheidenden Gesellschafters geregelt, an der Nachbesetzung seines Vertragsarztsitzes mitzuwirken und zu gegebener Zeit auf seine Zulassung zur vertragsärztlichen Versorgung zu verzichten¹. Kommt es zum Ausscheiden eines Gesellschafters, führen solche Regelungen nicht selten zu ausgiebigen zivil- und sozialgerichtlichen Auseinandersetzungen. Der vorstehend abgedruckte und der parallel ergangene Beschluss des BSG vom selben Tag² stellten den Endpunkt einer solchen Auseinandersetzung dar: Im zivilgerichtlichen Verfahren erwirkten die verbleibenden Gesellschafter zunächst eine einstweilige Verfügung mit der Verpflichtung des ausscheidenden Gesellschafters, u. a. den Antrag auf Ausschreibung seines Vertragsarztsitzes zu stellen und den Verzicht auf seine Zulassung zu erklären. Der hiergegen gerichtete Widerspruch des ausgeschiedenen Gesellschafters sowie dessen Berufung blieben erfolglos, seine Verfassungsbeschwerde wurde vom BVerfG nicht zur Entscheidung angenommen. Vom Berufungsausschuss wurde auf der Grundlage der nicht mehr anfechtbaren Entscheidung im zivilgerichtlichen einstweiligen Verfügungsverfahren sodann das Ende der Zulassung des ausgeschiedenen Gesellschafters festgestellt³ und durch weiteren Beschluss der Nachfolger im Nachbesetzungsverfahren gemäß § 103 Abs. 4 und 6 SGB V zur vertragsärztlichen Versorgung zugelassen. Die hiergegen erhobenen Klagen wurden vom SG mit der Begründung abgewiesen, der ausgeschiedene Gesellschafter habe wirksam auf seine Zulassung verzichtet; die dagegen gerichtete Berufung wurde vom LSG zurückgewiesen. Im Hauptsacheverfahren vor dem Schiedsgericht wurde der ausgeschiedene Gesellschafter verurteilt, die Ausschreibung und Nachbesetzung

seines Vertragsarztsitzes zu beantragen und auf seine Zulassung zu verzichten, der Schiedsspruch wurde vom OLG für vollstreckbar erklärt.

Zur Begründung seiner Nichtzulassungsbeschwerden vertrat der ausgeschiedene Gesellschafter die Auffassung, die Zulassungsgremien hätten Entscheidungen der Zivilgerichte auch inhaltlich zu prüfen. Die im Zivilprozess geltende Verhandlungs- und Beibringungsmaxime und die aus dem Zivilprozess stammende Fiktion des § 894 ZPO stünden im Gegensatz zu dem Untersuchungsgrundsatz nach § 20 SGB X. Das BSG ist dem im vorstehend abgedruckten und am selben Tag ergangenen weiteren Beschluss mit überzeugender Begründung nicht gefolgt: Das Amtsermittlungsprinzip nach § 20 SGB X sei allein für die Frage von Bedeutung, ob eine Verzichtserklärung tatsächlich abgegeben wurde oder – wenn der Vertragsarzt zu deren Abgabe verurteilt worden ist – ob die Voraussetzungen des § 894 ZPO gegeben sind. Die materielle Richtigkeit rechtskräftiger Entscheidungen der Zivilgerichte haben die Zulassungsgremien nicht zu prüfen. Zu prüfen sei allein, ob tatsächlich ein rechtskräftiges Urteil i. S. v. § 894 ZPO vorliege, welches nach § 894 ZPO die dort geregelte Wirkung auslöst⁴. Entsprechendes gilt bei einem Schiedsspruch i. S. v. § 1054 ZPO, nachdem er gemäß § 1060 Abs. 1 ZPO rechtskräftig für vollstreckbar erklärt worden ist⁵. Obwohl es im vorliegenden Fall angesichts des zwischenzeitlich rechtskräftig für vollstreckbar erklärten Schiedsspruchs des Schiedsgerichts nicht mehr darauf ankam, führte der 6. Senat ergänzend aus, die Zulassungsgremien seien auch an nicht mehr anfechtbare einstweilige Anordnungen der Zivilgerichte gebunden, und zwar unabhängig davon, ob in der Verpflichtung zur Abgabe einer Willenserklärung eine Vorwegnahme der Hauptsache zu sehen sei⁶. Den Zulassungsgremien könne nicht das Recht zugestanden oder eine Verpflichtung auferlegt werden, Fehler der nicht mehr anfechtbaren gerichtlichen Entscheidung eigenständig zu überprüfen. Die Entscheidung des BSG ist zu begrüßen, sie schafft für die Zulassungsgremien und die am Verfahren Beteiligten die erforderliche Klarheit.

1) Siehe hierzu Möller, in: Ratzel/Luxenburger (Hrsg.), Handbuch Medizinrecht, 3. Aufl. 2015, Kap. 16, Rdnrn. 250 ff. m. w. N.; LG Weiden i. d. OPf., MedR 2016, 351 = ZMGR 2015, 432.

2) BSG, Beschl. v. 3. 8. 2016 – B 6 KA 10/16 B –, GesR 2017, 185 ff.

3) Zu solchen deklaratorischen Beschlüssen siehe BSG, Urt. v. 28. 9. 2016 – B 6 KA 32/15 R –, Rdnr. 20; BSG, Urt. v. 28. 9. 2016 – B 6 KA 1/16 R –, Rdnr. 16; BSGE 78, 175, 183.

4) Rdnr. 11 der besprochenen Entscheidung.

5) Rdnr. 14 der besprochenen Entscheidung.

6) Rdnr. 13 der besprochenen Entscheidung.

Einstweiliger Rechtsschutz gegen Honorarrückforderungen der Kassenärztlichen Vereinigung wegen Gestaltungsmissbrauchs

GG Artt. 12, 14; SGG §§ 86b Abs. 1, 2, 136 Abs. 1 Nr. 5; ZPO § 294; SGB V § 106a Abs. 2 S. 1; SGB X §§ 24, 41, 42

1. Eine Beschwerde gegen den die Aussetzung der Vollziehung ablehnenden Beschluss des Sozialgerichts kann schon dann keinen Erfolg haben, wenn der angefochtene Bescheid nicht offensichtlich rechtswidrig ist.